

Inhalt

1	Einleitung	2
2	Was ist Nachhaltigkeit?.....	3
2.1	Begriffsgeschichte	3
2.2	Ethik und Nachhaltigkeit	4
2.3	Drei Säulen der Nachhaltigkeit	5
2.3.1	Ökologie und Nachhaltigkeit	6
2.3.2	Ökonomie und Nachhaltigkeit	7
2.3.3	Kultur- und Sozialwissenschaften und Nachhaltigkeit	9
2.3.3.1	Nachhaltigkeit und Region	10
2.3.3.1.1	Soziale Nachhaltigkeit im regionalen Kontext	11
2.3.3.1.2	Partizipation	12
3	Reflexive Gesellschaft und die Rolle von Leitbildern.....	14
3.1	Becks Begriff der reflexiven Modernisierung	14
3.2	Die Entwicklung von Leitbildern in einer reflexiven Gesellschaft	16
3.2.1	Leitbilder im moralischen Kontext	18
3.2.2	Wertsphären im Konflikt.....	21
4	Schluß	22
5	Literatur	23

Erschienen als:

Hauptmann, S., 2001: Nachhaltigkeit. Ein Leitbild einer reflexiven Gesellschaft?, in: Herbold, R. (Hrsg.): Die "Lokale Agenda 21" als Gestaltungsmodell gesellschaftlichen Wandels, IWT-Paper 26, S. 7 - 31

1 Einleitung

Mit dem Brundtland-Bericht Ende der 1980er Jahre (Hauff 1987) wurde ein Begriff in die globalen Ökologiedebatten eingeführt, der diese bis zum heutigen Tag bestimmt und wohl auch noch lange bestimmen wird: Nachhaltigkeit¹. In diesem Terminus ist weit mehr enthalten als etwa in Begriffen wie „umweltfreundlich“ oder „ökologisch sinnvoll“. Er stößt zunächst die Diskussion auf Generationsprobleme bei der Ressourcennutzung der Erde. Da er sich, gemäß der Brundtland Kommission, jedoch nicht nur an ökologischen, sondern auch an ökonomischen und sozialen Maßstäben orientieren soll, wird das bisher auf Umweltökologie beschränkte Thema zusätzlich auf gesellschaftliche Belange ausgedehnt. Aufgrund der sich sehr weit verzweigenden Thematik stellt sich automatisch die Frage, ob Nachhaltigkeit als ein Leitbild so überhaupt kommunizierbar ist. Unendlich viele Belange des öffentlichen Lebens und des menschlichen Handelns scheinen involviert. Findet der Begriff in einem solcherart weit gefaßten Rahmen überhaupt das Gehör der Gesellschaft? Kann Nachhaltigkeit die Funktion eines Leitbildes einnehmen wie es etwa Werte wie Ehrlichkeit oder Gerechtigkeit tun? Um es gleich vorwegzunehmen: Diese Fragen kann ich in dieser Arbeit nicht einmal ansatzweise beantworten. Was ich tun kann, ist, *einen* möglichen Weg zu der Problematik aufzuzeigen und diese damit analysierbar zu machen, indem ich den sehr weit gefaßten Begriff Nachhaltigkeit systematisch in seine thematischen Hauptbestandteile zerlege und einer Reflexion zuführe; dies ist aufgrund der Ähnlichkeit des nunmehr partitionierten Begriffs mit der soziologisch einschlägigen Einteilung der Gesellschaft in ihre Teilsysteme bzw. Wertsphären durchaus sinnvoll, was sich am Ende der Arbeit zeigen wird.

Zunächst werde ich den Begriff Nachhaltigkeit im Lichte der relevanten Einzelwissenschaften erörtern. Dabei soll am Anfang die Begriffsgeschichte stehen. Nach einer kurzen fundamentelethischen Erörterung werde ich auf die in jüngsten Nachhaltigkeitsdiskussionen immer wieder angeführte Mehrdimensionalität eingehen. In diesem Rahmen fallen dann jeweils die Erörterung der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Nachhaltigkeit in ihrem jeweilig dominierenden Wissenschaftsfeld. Da mit dem letzteren, der sozialen Nachhaltigkeit, nicht zuletzt die Soziologie beschäftigt ist, habe ich dieses Thema noch einmal in Abschnitte aufgeteilt, wobei ich im regionalen Kontext zunächst die soziale Nachhaltigkeit als soziologische Thematik bespreche und zwei Fallstudien folgen lasse, in denen die Partizipation als Instrumentarium einer nachhaltigen Gesellschaft zur Diskussion steht.

Anhand dieser recht praktisch gestalteten Beschreibung ergeben sich implizit einige theoretisch soziologische Problemstellungen, deren Behandlung den zweiten Teil dieser Arbeit ausfüllen werden. An Ulrich Beck orientierend, da in seinen Studien sehr prägnant zuge-spitzt, möchte ich zunächst den Begriff der reflexiven Gesellschaft einführen, um den Rahmen für die Probleme heutiger westlicher Gesellschaften zu setzen. Es gilt sodann, das Potential nachhaltiger Entwicklung als einen Ausweg aus diesen Problemen zu analysieren. Dabei werde ich insbesondere auf moralische Aspekte der Motivation eingehen, die sich in Leitbildern manifestiert, und diese den Einzelinteressen von Individuen und Gruppen einerseits und gesellschaftlichen Teilsystemen (Wertsphären) andererseits gegenüberstellen.

¹ Ich werde die Begriffe Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung, sustainability und sustainable development im folgenden synonym verwenden.

2 Was ist Nachhaltigkeit?

2.1 Begriffsgeschichte

Das erste Mal taucht der Begriff Nachhaltigkeit im Jahr 1713 in der Schrift „Sylvicultura Oeconomica“ von Carl von Carlowitz (Carlowitz 2000) auf. Er prangerte darin die rücksichtslose Rodung der Wälder in seiner Heimatregion an. Er machte sich die Auswirkungen klar, indem er die Handlungen der Griechen und der Römer diesbezüglich reflektierte, die durch die Rodungen, vor allem zum Bau von Schiffen, das Ökosystem großer Bereiche des Mittelmeeres beeinträchtigten.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit lediglich forst- und später auch landwirtschaftliche Belange kommuniziert. Bei letzteren handelte es sich um die Beschäftigung mit der Überbewirtschaftung von fruchtbarem Boden. Man erkannte, daß die rücksichtslose Ausbeutung des Bodens auch wirtschaftlich Nachteile hatte, da sich nach einigen Jahren einstmals fruchtbare Äcker ein für allemal in unfruchtbares Land verwandelten.

Als 1972 das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) erschien, erfuhr der Begriff Nachhaltigkeit eine massive Ausdehnung in seiner Anwendung. Diese erstreckte sich nun über Land- und Forstwirtschaft hinausgehend auf die Ökologie der Erde insgesamt. Meadows et al. erstellen einige mehr oder weniger düstere Zukunftsszenarien, wobei sie dabei mit Modellen arbeiten, die je von exponentiellem Wachstum geprägt sind. Die fünf von ihnen untersuchten „Grunderscheinungen – Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion, Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Ausbeutung von Rohstoffen“ (Meadows et al. 1972: 18) zeigen auf lange Sicht eine solche Charakteristik, was auch gleichzeitig das Gefährliche einer solchen Entwicklung ist: „Exponentielles Wachstum ist trügerisch, weil schon bei relativ geringem Wachstum in kurzer Zeit astronomische Zahlen erreicht werden“ (Meadows et al. 1972: 19).

Was in dieser Studie zwar als soziale Komponenten untersucht wurde – Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum –, aber weder intra- und interkulturell, noch intergenerativ Berücksichtigung fand, sondern nur im globalökologischen Sinne diskutiert wurde, findet im „Brundtland-Bericht“ von 1987 (vgl. Hauff 1987) explizit Erwähnung. Hier geht es vor allem auch um Ressourcenverteilung in der Welt aller jetzt lebenden Menschen:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig:
-Der Begriff von ‚Bedürfnissen‘, insbesondere der Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die die überwiegende Priorität haben sollten; und
-der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen“ (Hauff 1987: 46, Hervorhebung im Original).

Dieser Bericht stellt auch die Basis für die Umweltkonferenz in Rio 1992 dar. Nachhaltigkeit wird zum Schlüsselbegriff einer Direktive, zu der sich die Staatengemeinschaft während dieser Konferenz verpflichtet hat. In Rio wurde insbesondere auch auf den globalen Kontext aufmerksam gemacht. So heißt es bereits in der Präambel der Agenda 21 – der schriftlichen Niederlegung der Konferenz – in bezug auf eine positive Einflußnahme auf die zukünftige

soziale und ökologische Entwicklung: „Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992: 9).

Was bei von Carlowitz und Meadows et al. an einzelnen Problemlagen diskutiert, im Brundtland-Bericht und auf der Rio Konferenz hingegen pauschalisiert wurde, läßt sich auch systematisch veranschaulichen, was ich ausgehend von einigen, für den Begriff Nachhaltigkeit wesentlichen wissenschaftlichen Disziplinen tun werde. Parallel dazu läßt sich die im Brundtland-Bericht geforderte Mehrdimensionalität entsprechend einer ökologischen, einer ökonomischen und einer sozialen Nachhaltigkeit zuordnen.

2.2 *Ethik und Nachhaltigkeit*

Eine nachhaltige Entwicklung ist immer an Normen gebunden, deren obersten diejenigen sind, ob eine solche überhaupt angestrebt werden soll und wenn ja, wer in eine solche Entwicklung eingebunden sein soll, und wie weit sie ausgedehnt werden soll. Die Frage, ob ein nachhaltiges Verhalten notwendig ist, dürfte sich mittlerweile erübrigt haben. Es ist jedem Handelnden, sei es Regierung, Wirtschaft oder Individuum, klar, daß man die Zukunft nicht vernachlässigen darf. Dies betrifft übrigens nicht allein den aufgeklärten westlichen Bildungsbürger. Schon seit Jahrtausenden beziehen Menschen die Zukunft in ihr Kalkül mit ein. Eindrucksvolle Beispiele geben uns die Reisterrassen in den Bergregionen des fernen Ostens oder die Almbewirtschaftung in den Alpen.

Die Fragen, wie intensiv die Zukunft berücksichtigt und wer mit eingebunden werden soll, werden wesentlich vor zwei Leitbildern diskutiert: dem *Anthropozentrismus* und dem *Biozentrismus*. Ersterer leitet sich aus der Ansicht ab, der Mensch als einzig vernünftiges Wesen habe sowohl die Aufgabe als auch die Freiheit, über die Belange der Natur zu entscheiden. Von mehr als nur Instinkten getrieben „steht der Mensch unter der grundlegenden sittlichen Norm, nur diejenigen Handlungen auszuführen, die er selbst als gut und geboten einordnen kann“ (Knaus/Renn 1998: 35). Knaus und Renn teilen diese Perspektive, den Anthropozentrismus, in zwei weitere auf. Die *utilitaristische* Perspektive betrachtet „die Natur [als] die Ressourcengrundlage für die Stillung der menschlichen Bedürfnisse“ (Knaus/Renn 1998: 34). Darüber hinaus soll die Natur in dem Maße erhalten und gestaltet werden, wie sie dem Menschen Nutzen kann. Das heißt, daß Naturland kultiviert und wirtschaftlich genutzt werden soll. Der *protektionistischen* Perspektive gemäß soll die Natur als Wildnis erhalten bleiben, da es ein Bedürfnis des Menschen ist, in einer natürlichen Umwelt zu leben. Dies mag ebenfalls ein Utilitarismus sein. Er argumentiert jedoch von der Basis des menschlichen Daseins her. Demnach „ist die Erhaltung von unberührten Naturflächen ein für die Menschen unmittelbar gegebenes Bedürfnis“ (Knaus/Renn 1998: 34).

Der *Biozentrismus* sieht den Menschen nur als einen gleichberechtigten Teil der Natur und nicht als ein seine Umwelt beherrschendes Lebewesen. Auch innerhalb der biozentristischen Perspektive gibt es eine rigide und eine weniger rigide Variante. Die eine gesteht dem Menschen sehr wohl Ressourcennutzungsrechte zu, wobei er jedoch die natürliche Umwelt nicht nachhaltig schädigen darf. Bei der anderen Variante darf der Mensch „[n]ur im Falle einer existentiellen Bedrohung des eigenen Lebens [...] Vorrang vor den immanenten Ansprüchen seiner belebten Umwelt“ (Knaus/Renn 1998: 34) walten lassen. Schnell wird sichtbar, wie

abwegig solche Ansichten sind. Man könnte sich überhaupt nicht mehr in der Natur bewegen, denn mit jedem Schritt vernichtet man Leben. Aber auch solche Fragen, ob man allen Lebewesen eine Existenzberechtigung zubilligen soll, kommen schnell zu absurden Grenzen. Wie steht es zum Beispiel mit Bakterien, Viren, Küchenschaben? Bei Ratten wird es schon schwerer. Hier spielen kulturelle Unterschiede eine Rolle, etwa daß diese in Indien teilweise nicht getötet werden dürfen, zumindest in abgegrenzten Bereichen nicht.

Diese Positionen dienen den jeweiligen Disputanten als Ideal, an dem sie sich orientieren. Knaus und Renn sprechen denn auch von einer „gemäßigten“ anthropozentrischen Sicht des Mensch-Natur-Verhältnisses“ (Knaus/Renn 1998: 35, Hervorhebung im Original) als reale Basis einer Diskussion. Im Verlauf der Arbeit werde ich die Rolle von Werten und Normen weiter explizieren.

2.3 Drei Säulen der Nachhaltigkeit

Die Rio-Konferenz hat in ihrer Agenda besonders auf die Mehrdimensionalität der Nachhaltigkeit verwiesen (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992). Bis zu jenem Zeitpunkt wenig beachtet, spielt die soziale Nachhaltigkeit nun ebenfalls eine Rolle. Demnach lassen sich drei Dimensionen unterscheiden: soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit (vgl. Kopatz 1998). Dabei tangiert die soziale Säule vor allem demokratietheoretische Gesichtspunkte und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Demokratietheoretisch ist etwa die Frage zu stellen, ob bestehende Modelle der Politikgestaltung mit den Anforderungen der Zukunft umgehen können, ob etwa nationalstaatliche Politik einem wirtschaftlich und teilweise rechtlich vereinten Europa gerecht wird, oder ob hier eine Notwendigkeit zu übergreifenden politischen Modellen besteht. Gerade in Europa müssen wir seit Jahren mit dem Problem gemeinsamer europäischer Entscheidung vor dem Hintergrund nationalstaatlicher Souveränität umgehen. Auch auf lokaler Ebene können Fragestellungen dieser Art untersucht werden, etwa inwiefern Bürgerpartizipation möglich bzw. sinnvoll ist, wenn es um Entscheidungen mit lokaler Tragweite geht. Vom Blickpunkt der Verteilungsgerechtigkeit her läßt sich die Frage stellen, ob und wie Ressourcenverteilung nachhaltig gerecht bewerkstelligt werden soll, sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext. Darüber hinaus muß sich mit der Frage auseinandergesetzt werden, was Verteilungsgerechtigkeit bedeutet.

Die ökologische Dimension weitet diesen Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit quasi auf alle Lebewesen und Daseinsformen an, entweder weil es den Menschen letztendlich betrifft (z.B. weil er von seiner Umwelt abhängig ist), oder weil man nach ethischen Gesichtspunkten der Umwelt ein Eigenrecht auf Existenz einräumt.

Sofern man unter Ökonomie das Wirtschaften als allgemeine Bedürfnisbefriedigung versteht, sind die beiden ersten Säulen hier mit eingeschlossen. Denn auch effiziente und gerechte politische Verhältnisse, das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit, die Sicherung der eigenen und aller Existenz sind alles Bedürfnisse. Bedürfnis im engeren Sinne soll in diesem Kontext aber dasjenige Moment darstellen, welches auf die Knappheit der Mittel unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisbefriedigung abzielt und diese Mittel dadurch einen Preis haben. Hier stehen Fragen im Vordergrund, ob und inwiefern die bestehende Marktwirtschaft, die auf Liberalität und Individualität setzt, mit Problemen der Nachhaltigkeit, sei es die eigene Existenz betreffend oder die Existenz anderer oder anderem (etwa der Umwelt, anderer

Volkswirtschaften usw.), umgehen kann, oder ob etwa der individuelle Eigennutz zwangsläufig zum ökologischen und sozialen Kollaps führen muß, d.h. unser aller Existenz gefährdet.

Hier wird gleich ersichtlich, daß sich die drei Säulen nur schwer getrennt thematisieren lassen. Die Interdependenzen sind zu umfangreich und zu weittragend.

„In der weiteren Diskussion bleibt zu beachten, daß möglichst alle Säulen gleich bewertet werden. Die verschiedenen politischen Akteure tragen dem nicht immer Rechnung. Ganz nach Interessenlage liegt ihre Betonung auf einzelnen Bereichen. Oft wird zum Beispiel absolute Wirtschaftsverträglichkeit eingefordert. Dahinter kann das Festhalten am Status quo stehen“ (Kopatz 1998: 30).

Dennoch möchte ich die 3 Säulen zunächst im einzelnen besprechen. Dabei werde ich mit der ökologischen, der allumfassenden Säule beginnen. Ihr wird die ökonomische Säule folgen. Etwas ausführlicher werde ich die soziale Säule behandeln, da sie die Basis legt für die abschließende Diskussion um eine Leitbildfunktion von Nachhaltigkeit.

2.3.1 Ökologie und Nachhaltigkeit

Die Ökologie als „die Lehre von der Beziehung der Lebewesen zueinander und zu ihrer Umwelt“ (Lexikon zur Soziologie 1994) widmet sich in bezug auf Nachhaltigkeit der Frage, wie anthropogene Ökosysteme, das heißt vom Menschen erschaffene oder veränderte Ökosysteme, sich zu ihrer natürlichen Umwelt verhalten und umgekehrt. Ökosysteme in diesem Sinne sind „Beziehungs- und Wirkungsgefüge von Lebewesen untereinander, mit ihrem Lebensraum bzw. ihrem Standort oder den Umweltmedien (Luft, Wasser, Böden und Gesteine) im Mittelpunkt“ (Knaus/Renn 1998: 37, Klammer im Original). Eins haben uns die ökologischen Untersuchungen schon vor einiger Zeit klar machen können: Ein autark in sich geschlossenes, vom Menschen geschaffenes System, in dem der Mensch leben kann, wird es nicht geben. Immer ist ein solches System auch auf natürliche Kreisläufe und Ressourcen angewiesen. Sonnenstrahlen, die Ozonschicht als Schutz vor ihrer gefährlichen Strahlung, Reinigungsprozesse und des gleichen mehr sind existentiell für ein Ökosystem. Die mannigfaltigen Beziehungen sollen uns hier nicht alle interessieren. Beispielhaft seien zwei, das Ökosystem der Erde begrenzende Faktoren genannt: die *Nettoprimärproduktion* und die *globale Tragekapazität*.

Die *Nettoprimärproduktion* (vgl. Knaus/Renn 1998: 38ff.) ist der Faktor für diejenige Biomasse, die allen Lebewesen als Nahrungsquelle zur Verfügung steht. 40 % davon wird vom Menschen durch direkte (Holzabbau) und indirekte Nutzung (Landwirtschaft, Viehzucht) beansprucht. „Sie berücksichtigt auch die Zerstörung von Anbauflächen durch Überweidung, Erosion und Bebauung“ (Knaus/Renn 1998: 39). Sie muß jedoch wegen der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2010 „um 60%“ steigen, um die Menschen ernähren zu können. „Eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion ist unter der Bedingung einer wachsenden Bevölkerung – sofern überhaupt noch möglich – nur durch intensivere Nutzung auf gleicher Fläche zu gewährleisten“ (Knaus/Renn 1998: 40).

Die *globale Tragekapazität* ist das Maß für die Anzahl einer bestimmten Art von Lebewesen, die auf Dauer in einen abgegrenzten Lebensraum existieren können (vgl. Knaus/Renn 1998: 40ff.). Hier hat sich im Laufe der Evolution eine gravierende Verschiebung ergeben. Konnten als Jäger und Sammler lediglich weniger als ein Mensch pro Quadratkilometer statistisch

existieren, so waren es während der frühen Agrikultur schon einhundert, und zur Zeit sind es bis zu dreihundert Menschen pro Quadratkilometer. Dies erreichte der Mensch „durch Umwandlung von Natur in Kulturlächen“ (Knaus/Renn 1998: 40). Es gibt verschiedene Auffassungen von dem, was eine zukünftige Tragkapazität betrifft. Einige argumentieren, daß diese schon heute überschritten ist und daß die Menschen auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Zu Zeiten technischer Euphorie waren Wissenschaftler der Ansicht, diese Kapazitäten durch technische Innovation nahezu beliebig steigern zu können.

Es sind solche Modelle, die zukünftig Normen setzen sollen. „In diesem Sinne übernimmt die Ökologie eine grundlegende und rahmensetzende Funktion für die konkrete Umsetzung der Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung“ (Knaus/Renn 1998: 42). Van Dieren spitzt die Diskussion auf einfache Regeln zu:

„1. Output-Regel:

Die Abfall-, Abgas- und Abwasseremission eines Projektes sollten innerhalb der Grenzwerte liegen, die die lokale Umwelt aufnehmen kann, ohne daß ihre zukünftige Speicherfähigkeit oder sonstige Leistungen auf unannehmbare Weise eingeschränkt werden.

2. Input-Regel:

a) Für erneuerbare Ressourcen: Erntemengen von erneuerbaren Ressourcen-Input sollten innerhalb der Regenerationsgrenzen liegen, die dem erzeugenden natürlichen System innewohnen.

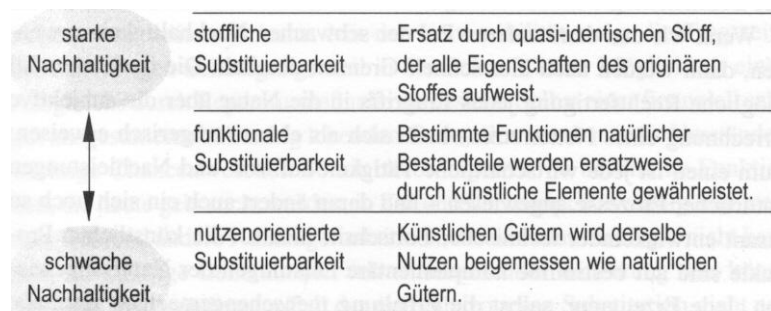
b) Nichterneuerbare Ressourcen: Die Verbrauchsdaten für nichterneuerbaren Ressourcen-Input sollen der Rate entsprechen, mit der durch menschliche Erfindungskraft und Investitionen erneuerbare Substitute gefunden werden. Ein Teil der Erträge, die aus der Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen hervorgehen, sollte der Forschung gewidmet werden, die sich mit der Entwicklung erneuerbarer Substitute entwickelt“ (Van Dieren 1995: 126).

Mit Blick auf die Risikogesellschaft nach Ulrich Beck im zweiten Teil der Arbeit wird die Naivität sichtbar, die hinter der Formulierung solcher einfacher Regeln sticht.

2.3.2 Ökonomie und Nachhaltigkeit

Der Mensch, so lehren es uns die Ökonomen, hat unendlich viele Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse gelten als die Triebkraft für das Wirtschaften. Der Bedarf ist der Teil der Bedürfnisse, der potentiell gedeckt werden kann. Er ist der für die Wirtschaft relevante Teil. Wenn der Bedarf wächst, wachsen mit ihm auch die Bedürfnisse, das heißt, es entstehen neue, und dies theoretisch bis ins Unendliche. Insofern sind Bedürfnisse „Empfindungen des Mangels“ (Woll 1987: 49). Im Gegensatz zu den Bedürfnissen ist der Bedarf eine kalkulierbare Größe. Das heißt nicht, daß Bedürfnisse nicht Objekt wirtschaftlicher Kalkulationen sind. Der ganze Bereich des Marketing und der Werbung zielt ab auf die Kalkulation mit Mangelerscheinungen. Zur Deckung des Bedarfs dienen sowohl materielle als auch immaterielle Güter. Frei zugängliche und konsumierbare Güter wie zum Beispiel Luft an der Erdoberfläche ist kein Gegenstand des Wirtschaftens. Sobald man aber Luft dem Bergmann im Stollen zur Verfügung stellen muß, wird das Gut Luft zum Wirtschaftsgut, da es im Stollen knapp ist und bereitgestellt werden muß. Genauso ist es bei Wasser, daß in einigen Gegenden der Erde frei zugänglich und konsumierbar ist, in anderen jedoch nicht. Des Weiteren ist zu unterscheiden zwischen komplementären und substituierbaren Gütern. Erstere ergänzen einander und bilden ein neues Gut; Tabak, Filter und Papier z.B. ergeben eine Zigarette. Substituierbare Güter stehen in Konkurrenz zueinander. So ist etwa die Margarine ein Konkurrenzprodukt zur Butter, Zigarette zur Zigarre usw.

In Verbindung mit Nachhaltigkeit stellen sich Fragen nach a) Steuerung der Bedürfnisse und b) dem Umgang mit Gütern. Fragen zu a) werden uns im nächsten Abschnitt beschäftigen, da diese primär keine Fragen von Wirtschaftstheorien sind, sondern eher der Kultur- und Sozialwissenschaften. Nachhaltiger Umgang mit Gütern impliziert den Begriff der Vererbung. Sieht man alle verfügbaren Güter, einschließlich die (noch) freien, als Kapitalstock, so dreht sich beim Begriff Nachhaltigkeit alles um den zu vererbenden Kapitalstock. Das Kapital läßt sich wiederum aufschlüsseln in *natürliches* und *künstliches* Kapital. Knaus und Renn ordnen dem ersten „direkte Funktionswerte (Natürliche Umwelt als Quelle und Senke)“, also etwa Rohstoffe und Lagerstätten, und „immaterielle Werte (Erholung, Ästhetik, Religion etc.)“ zu. Künstliches Kapital dagegen beinhaltet „Sachwerte (Gebäude, Maschinen, Infrastruktur etc.)“ und wiederum „immaterielle Werte (Wissen, Normen, Verhaltensregeln, Kultur etc.)“ (vgl. Knaus/Renn 1998: 46). Dabei besteht die Vererbung aus einer Mischung dieser Kapitalien. Die Ansichten, wie das Erbe aussehen soll, variieren – und das gravierend. Während der Technikeuphorie der 1950er und 1960er Jahre gab es Zukunftsszenarien, die von überwiegend künstlichem Kapital als dem zu vererbenden Anteil ausgingen. Dies änderte sich spätestens mit den Ölpreisschocks in den 1970er Jahren. Die Einsicht, daß die Rohstoffe nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, implizierte ein Umdenken. Dies geschah auch in anderen Bereichen. So hat man erkannt, daß es keinen Weg gibt, die strahlenden Abfälle von Atomkraftwerken rückstandslos und vor allem gefahrlos zu entsorgen. Schematisch lassen sich solche Diskussionen folgendermaßen rekonstruieren:



(Quelle. Knaus/Renn 1998: 49)

Der Abbildung gemäß entspricht die *stoffliche Substituierbarkeit* derjenigen der starken Nachhaltigkeit.

„Extreme Anhänger der starken Nachhaltigkeit halten im Prinzip nur die stoffliche Substituierbarkeit für legitim. Sie wollen der Nachwelt zuliebe den natürlichen Kapitalstand – soweit wie möglich – erhalten. Genutzt werden soll nur, was nachwächst oder sich erneuern kann“ (Knaus/Renn 1998: 48).

Die Nachwelt soll in diesem Modell also von den Zinsen leben können. Dagegen markiert die *nutzenorientierte Substituierbarkeit* eine schwache Nachhaltigkeit, wonach alles Natürliche durch Künstliches ersetzt werden soll – wie in den Szenarien der 1950er und 1960er Jahre. Die *funktionale Substituierbarkeit* stellt das realistische Modell zwischen diesen beiden Polen dar. Hier zielt die Ersetzbarkeit auf die Funktion eines Gutes ab. Natürliche Güter haben in der Regel mehrere Funktionen. So dient Holz einerseits als Baustoff, andererseits als Wärmequelle. Aber als Wald erfüllt dieses Gut auch natürliche Funktionen wie Beeinflussung des Klimas, Herstellung von Sauerstoff, Schutz vor Erosion und/oder Erholungsraum. Es ist also jeweils abzuwägen, inwiefern der Abbau des Rohstoffes Holz nützt oder schadet. So kann Holz zwar durch seine natürliche Funktionen uneingeschränkt nutzen, aber auch als Baustoff

hat es gegenüber anderen Produkten ökologische Vorteile. Schnell wird klar, wie kompliziert das Abwägen aus ökologischer Sicht ist, zumal sich die Auswirkungen – insbesondere die langfristigen – nur schwer abschätzen lassen. Auf das Stichwort Risiko werde ich noch zurückkommen.

Einen wesentlichen Einfluß auf die Konzepte, wie Nachhaltigkeit sichergestellt werden soll, übt in der gegenwärtigen Form der Weltwirtschaft der freie Markt aus. Wie wir sahen, gibt es neben knappen Gütern auch freie Güter. Diese sind in der Regel nicht Gegenstand des freien Marktes. Knappe Güter haben einen Preis. Das trifft für große Bereiche der natürlichen Umwelt als Gut nicht zu. Ihre Nutzung ist daher kostenlos, und privatwirtschaftlich rational denkende Akteure zahlen in der Regel nicht freiwillig. Einerseits wird hier ein sparsamer Umgang mit Ressourcen verhindert. Andererseits, wenn es zu Kosten kommt, die aus dem Gebrauch des Gutes entstehen – die negativen externen Effekte --, werden diese der Allgemeinheit auferlegt. Eine Lösung bestünde etwa darin, den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden, Kapital einen weiteren an die Seite zu stellen: Umwelt. Es gibt zaghafte politische Versuche, mit Emissionszertifikaten der Atmosphäre als Senke einen Preis zu geben. Mit diesen Zertifikaten kann dann auf dem freien Markt gehandelt werden. Ein anderes Konzept, Umweltressourcen einen Preis zu geben, ist die Ökosteuer. Hier wird dem Ver- und Gebrauch von natürlichen Ressourcen eine Steuer auferlegt, wodurch zum umweltschonenden Verhalten animiert werden soll.

Nachhaltig soll aber nicht nur ökologisch gedacht werden. In diesem Sinne gibt es auch ökonomische bzw. soziale Debatten, etwa um den Zielkonflikt, in dem einerseits Staatsverschuldung, was ja ebenfalls zukünftige Generationen belastet, und andererseits sozialer Ausgleich innerhalb einer Generation stehen.

2.3.3 Kultur- und Sozialwissenschaften und Nachhaltigkeit

Dieses Themenfeld diskutiert einerseits die Instrumente zu Erreichung nachhaltiger Entwicklung und andererseits das Subjekt einer solchen Entwicklung. Zunächst muß festgestellt werden, daß der Weg hin zur nachhaltigen Entwicklung kulturelle Unterschiede berücksichtigen muß. Hier manifestieren sich vor allem die zuvor besprochenen Berücksichtigungen der Funktionen natürlicher Güter:

„Die historische Umweltforschung hat uns deutlich gezeigt, daß die kulturellen Zuschreibungen zu Objekten in der Natur, also die Bestimmung der natürlichen Elemente, die in der Natur als erhaltenswert und wertvoll gelten sollen, über die Jahrhunderte stetigen Schwankungen unterlagen. So wurden viele Kräuter, die wir heute achtlos als ‚Unkraut‘ ausreißen, in mittelalterlichen Kloostergärten wegen ihres Duftes oder anderer bevorzugter Eigenschaften liebevoll gepflegt [...]. Was erhaltenswert ist, läßt sich nur durch ein kulturelles Verständnis von menschlichen Werten und Normen in Bezug auf Natur und Umwelt erschließen“ (Knaus/Renn 1998: 54, Hervorhebung im Original).

Dieses Argument ist natürlich nicht nur historisch, sondern auch im zeitgenössisch internationalen Kontext zu sehen. So gibt es zum Beispiel kleine Volksgruppen, denen es erlaubt ist, trotz internationaler Walfangverbote jährlich eine gewisse Anzahl von Walen zu fangen, da es ihrer Tradition entspricht.

Auch Menschen ein und derselben Kultur haben verschiedene Ansichten über die Bewertung von Erhaltenswertem. So gibt es bei allen großen Bauprojekten, etwa Autobahnen, zwei An-

sichten; die eine stellt den Nutzen, die andere den potentiellen Schaden in den Vordergrund. Die Entscheidungsfindung ist dann mit Problemen belastet, deren Lösung mittels innovativer Instrumente erfolgen soll. Die Lokale Agenda 21 sieht es ausdrücklich vor, „Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen“ (Bundesinnenministerium 1992: 231). Dies ist *ein* Instrument, weitere konkrete Instrumente lassen sich auf solch regionalen Ebene anwenden. Etwa, daß diejenigen über Aktivitäten entscheiden, die betroffen sind, oder daß sie wenigstens zur Mitsprache kommen können, Stichwort Partizipation. Woher jedoch soll die Motivation zu einem solchen Anteilnehmen der Gesellschaftsmitglieder kommen? Dies wird uns in der Auseinandersetzung mit Ulrich Beck und Amitai Etzioni beschäftigen. Zuvor möchte ich jedoch auf den regionalen Kontext eingehen und das Instrument der Partizipation vorstellen.

2.3.3.1 *Nachhaltigkeit und Region*

Das in den vorhergehenden Kapiteln Dargestellte verweist auf eine Problematik, in der die Themenstruktur möglicher Aktivitäten in einer räumlichen Dimension diskutiert werden muß. Die verschiedenen Regionen der Erde haben ganz unterschiedliche Prioritäten in ihrer Themenwahl.

„Während wir in Deutschland darüber nachdenken müssen, wie wir vom hohen Konsumroß wieder herunterkommen und den hohen Material- und Naturverbrauch pro Kopf der Bevölkerung eindämmen können, ist für die Bewohner von Pakistan und Tansania die Frage nach der weiteren Entwicklungsfähigkeit ihrer Wirtschaft vorrangiges Ziel“ (Knaus/Renn 1998: 195).

Schnell wird klar, wie einseitig das Problem der Nachhaltigkeit zeitweise diskutiert wird. In den wohlhabenden Industrienationen beschränkt man sich dabei im wesentlichen auf ökologische Probleme. Daß diese Priorität haben sollen, ist gerechtfertigt. Man sollte sich aber davor hüten, in Drittweltländern mit dem gleichen Anspruch an ökologisch nachhaltigem Umgang mit der Natur zu intervenieren. Die Prioritätensetzung muß vor Ort unter Einbezug aller oben besprochener Problematiken geschehen.

Dagegen kommen als Handlungsfelder mehrere Ebenen in Betracht. Viele lokale Aktivitäten haben überregionale Auswirkungen, genauso wie umgekehrt viele globale Aktivitäten zu regionalen Beeinträchtigungen führen. So tragen lokal verursachte Emissionen zur globalen Schädigung der Atmosphäre bei, während diese wiederum in einzelnen (möglicherweise nur wenig emittierenden) Regionen zu Schäden führen – etwa Inseln wie die Malediven, die bei einem Anstieg des Meeresspiegels, verursacht durch die Erwärmung der Erdatmosphäre, schlichtweg verschwinden können. Solche Probleme müssen international geregelt werden. Jedoch werden auf dieser Ebene im wesentlichen nur die Handlungsrichtlinien vorgegeben. Konzepte nationaler Steuerung lassen noch auf sich warten, bzw. sind noch nicht allzu weit gediehen – wie etwa die Ökosteuer oder andere Steuerungsinstrumente. In Rio 1992 ist man zu der Auffassung gekommen, daß ein Großteil der Einflußnahme direkt vor Ort geschehen sollte (vgl. Artikel 28: Lokale Agenda 21, in: Bundesministerium 1992). Insbesondere bei ökologischen Problemen beschränkt sich Ursache und Wirkung oft regional. „Die Probleme sind hier gewissermaßen ‚hausgemacht‘ und können isoliert gelöst werden“ (Knaus/Renn 1998: 216, Hervorhebung im Original). Des weiteren bietet sich das regionale Engagement aus umsetzungspraktischen Gründen an. Auf dieser Ebene gelangt man schnell zu *konkret* lösungsbedürftigen Problemen mit *konkret* sich anbietenden Lösungen. Ein weiterer Vorteil

liegt darin, daß „die Entfernung zwischen Entscheidungs- und Umsetzungsebene in der Regel sehr klein ist“ (Knaus/Renn 1998: 217).

Betrachtet man die einzelnen Säulen der Nachhaltigkeit isoliert, so widmen sich den beiden Feldern Wirtschaft und Ökologie hauptsächlich – wenn auch nicht ausschließlich – Ökonomen und Ingenieure. Anders steht es mit dem sozialen Feld aus. Diesem werde ich mich noch einmal eigens widmen, indem ich einen Artikel des Stadtsoziologen Jens Dangschat vorstelle.

2.3.3.1.1 Soziale Nachhaltigkeit im regionalen Kontext

Dies ist wohl die am schwersten zu definierende der drei Nachhaltigkeitssäulen. Dangschat unterscheidet für den kommunalen Bereich drei „soziale Zielsetzungen“:

Unter dem Gesichtspunkt „sozialer Ausgleich/soziale Integration“ versteht er „gezielte Investitionen in den Regionen [...], die bezüglich der jeweiligen Indikatoren die schlechtesten Werte aufweisen“ (Dangschat 1997: 178). Auf Städte bezogen sollen darunter Infrastrukturmaßnahmen gemeint sein, die vor allem den sozial Schwächeren in der Stadt zugute kommen. Des Weiteren nennt Dangschat unter diesem Gesichtspunkt die Bürgerbeteiligung. Durch Repräsentanz der verschiedenen regionalen Gruppen soll ein sozialer Ausgleich geschaffen werden, der nicht von oben verordnet werden kann (vgl. Dangschat 1997: 179).

Der zweite Gesichtspunkt betrifft die „soziale Gerechtigkeit“. Dangschat unterscheidet dabei zwischen „Bedürfnisgerechtigkeit“, „Leistungsgerechtigkeit“ und „Besitzstandsgerechtigkeit“, wobei die Vorstellungen davon, was gerecht ist, ungleich verteilt sind:

„Je besser die Lebenslage ist, je umfangreicher die Ressourcen und je geringer die constraints sind, desto eher beharrt man auf der Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit, um den status-quo zu sichern. Im umgekehrten Fall wird man dazu neigen, die Bedürfnisgerechtigkeit zu thematisieren“ (Dangschat 1997: 180).

Aber er selbst spricht auch von einem „Recht auf Immobilität“, die eine „Verdrängung und Vertreibung aus [...] angestammten Wohnungen“ (Dangschat 1997: 180) verhindern soll. Soziale Gerechtigkeit ist sicherlich die am schwersten zu lösende Frage in bezug auf soziale Nachhaltigkeit. Die Behandlung dieser Thematik würde bei weitem zu weit führen, insbesondere da sie unabhängig von unserer Nachhaltigkeitsdebatte immer wieder thematisiert wird. Es soll nur noch erwähnt werden, daß unter diesem Gesichtspunkt die Konfliktlinie zwischen den Akteuren am deutlichsten zutage tritt. Dieses Thema geht jeden an, und nahezu jeder hat eine Meinung dazu, was bei vielen anderen Fragen nicht der Fall ist.

Schließlich fordert Dangschat eine „Sozialverträglichkeit“, deren Einschätzung – was sozial verträglich sein soll – auf „normativen Standards“ basiert. Die Herstellung solcher normativen Standards schätzt Dangschat für den städtischen Bereich als sehr schwierig ein, da die Gruppen, die eine Stadtgesellschaft bilden, sehr heterogen sind mit Blick auf Werte und Normen. Auch hier fürchtet er, daß die herkömmlichen Verwaltungsinstrumente einer solchen Forderung nicht gerecht werden (vgl. Dangschat 1997: 181). Eine zentrale Stadtplanung kann nicht auf die Wünsche und Bedürfnisse eingehen, die etwa ethnisch fremden Gruppen eigen sind. Ich verweise an dieser Stelle auf Etzioni weiter unten, der sich eben dieser Thematik annimmt.

2.3.3.1.2 Partizipation

Feindt zufolge findet sich in Form der Partizipation ein Ausweg aus den oben beschriebenen Zielkonflikten zwischen den drei Dimensionen Wirtschaft, Ökologie und Soziales. Unter dem Gesichtspunkt einer „Verfahrensgerechtigkeit“ ist dieses Instrument ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Agenda:

„*Sustainability* enthält daher eine partizipative Herausforderung der Institutionen der repräsentativen Demokratie. In Absatz 28.3 der Agenda 21 werden die Kommunen als einer der wesentlichen Orte ausgemacht ,an dem die verschiedenen 'wichtigen Gruppen', die in anderen Kapiteln der Agenda 21 angesprochen sind, zusammengeführt und damit die integrativen Ansprüche des Gerechtigkeitsbegriffs der *sustainability* praktisch werden soll“ (Feindt 1997: 44, Hervorhebungen im Original).

Hier findet sich Skepsis am repräsentativen Charakter der kommunalen Verwaltung. Auch auf kommunaler Ebene sind Bürger im wesentlichen nur dann als Entscheider gefragt, wenn Kommunalwahlen anstehen. Nach Feindt ist in dieser Form keine Verfahrensgerechtigkeit bezüglich der Lösung der Zielkonflikte zu erwarten. Die Vielfältigkeit von Werten und Identitäten insbesondere in Städten kann durch gewählte Repräsentanten nicht gewährleistet werden: „Angesichts der Komplexität ist schließlich niemand allein in der Lage zu überblicken, was für eine nachhaltige Stadtentwicklung vordringlich ist“ (Feindt 1997: 45). Lange weist auf Funktionen von Gruppen in Unternehmen und in der Wirtschaft hin (vgl. Lange 1989). Dieses Konzept läßt sich zu einem gewissen Grade auf unsere Situation übertragen:

„Leistungen vom Typus des Suchens. Überall dort, wo bestimmte Mittel, Wege oder Lösungen gesucht werden können, steigt die Wahrscheinlichkeit ‚richtiger‘ Lösungen und richtiger Wege mit der Zahl der Gruppenteilnehmer an. [...]

Leistungen vom Typus des Bestimmens. In den meisten Fällen, in denen Entscheidungen in bezug auf die Umweltsituation gefunden werden müssen, gibt es keine sogenannte richtige Lösungen, sondern allenfalls Approximationen, die sich im Nachhinein nicht als falsch erweisen. Gruppen haben hier den Vorteil, Fehlentscheidungen zu minimieren und Lösungen zu setzen, die anschließend von allen Mitgliedern getragen werden“ (Lange 1989: 156, Hervorhebung im Original).

Jan Mees beschreibt anhand der Initiativen in Leipzig-Grünau, eine der größten Plattenbausiedlungen der ehemaligen DDR, wie die Funktionen des Suchens und Bestimmens von Gruppen effizient genutzt werden (vgl. Mees 1997: 85ff.). „Die besser verdienenden Bürger verlassen Grünau und ziehen in die sanierten Altbauquartiere bzw. in die neu entstehenden Wohnsiedlungen außerhalb des Stadtgebietes. Die ausgewogene Sozialstruktur Grünaus ist in Gefahr“ (Mees 1997: 85). Sowohl die für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung zuständige Behörde als auch der hiesige Bürgerverein ist sich dessen bewußt. So kommt es auch schnell zu einer Kommunikation zwischen diesen beiden Institutionen und der hiesigen Volkshochschule. Hier tritt das Amt auf und „orientiert sich dabei an Grundsätzen zur Bürgerbeteiligung, die weit über das übliche Maß hinausgehen“ (Mees 1997: 87): auf den Bürger zugehen und ihn motivieren; stetige Rückmeldung von Seiten des Amtes bezüglich Realisierung; Experten stehen als Partner zur Verfügung; soviel Vorschläge wie möglich umsetzen usw. (vgl. Mees 1997: 87). Dabei wird die „Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Bürger zur Verbesserung der Planungsqualität“ (Mees 1997: 87) genutzt, was Langes Funktion des Findens entspricht. Es wird eine „umfassende Akzeptanz für die Planungsinhalte“ (Mees 1997: 87) hergestellt. Darüber hinaus verspricht man sich eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil und die „Förderung des kommunitären Bewußtsein[s]“ (Mees 1997: 88).

So etwas droht natürlich an Kapazitätsgrenzen zu scheitern. Es werden Koordinationsstellen und Moderatoren benötigt. Öffentlichkeitsarbeit kostet zusätzlich Geld. Nimmt man diese Kosten jedoch hin, so lassen sich im Anschluß an solche Verfahren auch Kosten einsparen. Die Beteiligung der Bürger ist ja immerhin unentgeltlich, und sie nehmen dem Amt vielfache Entscheidungen ab, wodurch dieses entsprechend entlastet wird. Eine (bisher) negative Entwicklung in dieser Hinsicht zeichnet sich bei den LA21 Aktivitäten in Bielefeld² ab. Dort haben sich eigenständig im Rahmen der Lokalen Agenda 21 verschiedene Gruppen gebildet, die sich jeweils eines spezifischen Themenkomplexes widmen und nach Ausarbeitung von Vorschlägen diese den Stadtverordneten vorgelegt haben.

Die Thematiken der Projekte sind den politisch Verantwortlichen jedoch nicht als Problemfelder bewußt. Diesbezüglich besteht für sie, anders als in Grünau, nur wenig Handlungsbedarf. Auch Anhänger der Opposition, die sich für die Projekte eingesetzt haben, sind sich dessen bewußt, daß „momentan Wichtigeres ansteht“. So ist zwar die Umgestaltung des Kesselbrink - einem ehemaligen Busbahnhof, der nun als Parkplatz verwendet wird - seit Jahren immer wieder ein Thema für eine Sanierung. Sie drängt sich aber momentan nicht auf. Das heißt natürlich nicht, daß das Projekt ein für allemal vom Tisch wäre, wenn es in nächster Zeit nicht durchgesetzt wird. Dies ist die Meinung verschiedener Akteure sowohl von der Opposition, als auch von der Agenda-Gruppe selbst. Was aber hindert die Ausschußmitglieder, gleich welcher Fraktion sie angehören, die Ausarbeitungen der Gruppe zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen und gegebenenfalls umzusetzen. In diesem Fall hätte die Agenda-Gruppe „Kesselbrink“ schon jetzt seine Schuldigkeit getan, und das Projekt wäre erfolgreich verlaufen, ohne daß es bisher zur Umsetzung gekommen ist. Dies ist natürlich Spekulation in die Zukunft, und die Agenda-Gruppe kann sich damit nicht zufriedengeben. Aber diese Möglichkeit wurde noch nicht einmal in Erwägung gezogen, auch nicht von Akteuren, die sich als Krisenmanager verstehen und sich dafür einsetzen, daß die Gruppen weiterarbeiten. So wurde in einer Sitzung, die nach der Absage im zuständigen Ausschuß einberufen wurde, dieser Aspekt nicht einmal erwähnt. Es galt das Motto: jetzt oder nie. Dabei ist die Gefahr groß, daß die Motivation der Gruppen tatsächlich gegen Null tendiert, mit entsprechenden Folgen. Das Inaussichtstellen zukünftiger Rückbesinnung auf die Arbeit, die aufgewendet wurde, könnte in eben dieser mißstimmigen Situation einen Motivationsschub gewährleisten. Wenn die Sanierung des Kesselbrinks einmal anstehen sollte, dürften die Chancen nicht schlecht stehen, daß der Ausschuß sich der Vorlage annimmt, zumal dessen Mitglieder sich über die Belastung durch die Vielfalt der anstehenden Entscheidungen beklagen. Die Projektgruppe „Kesselbrink“ würde ihm in diesem Fall eine Menge Arbeit abgenommen haben.

Das Beispiel Bielefeld zeigt Schwierigkeiten, denen sich eine bereits an Nachhaltigkeit orientierende Gruppe der Gesellschaft stellen muß. Ich werde im folgenden jedoch weniger auf Handlungen von sich bereits gebildeten Gruppen eingehen, sondern vielmehr die Frage betonen: Wie kommt es zu einem Zusammenschluß solcher Gruppen wie in Bielefeld oder Grünau, die im allgemeinen gesellschaftlich äußerst heterogen zusammengesetzt sind? Ulrich Beck sieht diese neue Konstellationen als Ergebnis besondere kultureller Umstände, in denen wir uns momentan in den westlichen Industrieländern befinden. Ich werde zunächst

² Diese Kurzanalyse beruft sich auf Teilnahmen an öffentlichen Sitzungen des zuständigen politischen Gremiums und auf Interviews mit beteiligten Politikern und LA21 Aktivisten im Zeitraum Januar bis Juli 2000.

seine Theorie der Risikogesellschaft erläutern, um abschließend in einer solch verfaßten Gesellschaft das Potential des Leitbildes Nachhaltigkeit zu diskutieren.

3 Reflexive Gesellschaft und die Rolle von Leitbildern

Viele Einzelheiten, die ich im ersten Teil beschrieben habe deuten auf Reflexivität hin. Wenn etwa Carl von Carlowitz sich bewußt ist, welchen Schaden die Waldrodung mit sich bringt, wenn Wissenschaftler wie Meadows et al. sich Gedanken machen, welche Auswirkungen bestimmte menschliche Handlungsweisen mit sich bringen, dann ist das durchaus als reflexives Verständnis zu werten; nur ist es auf Individuen beschränkt, eben diese Personen. Wie aber ist Reflexivität im Hinblick auf die Gesellschaft als Ganzes zu deuten? Hat der Begriff Nachhaltigkeit in all seinen Facetten, d.h. seinen drei Dimensionen und innerhalb dieser Dimensionen in all seinen Themenfeldern, das Potential, im kollektiven Bewußtsein der Gesellschaft einen Platz für sich zu beanspruchen?

Daß ein solches Potential gesellschaftlich vorhanden ist, zeigen uns geschichtliche Beispiele des Erfolges. Die bereits erwähnten Reisterrassen können als ein solches gelten. Es ist eine, mit Hinblick auf Nachhaltigkeit, höchst anspruchsvolle Form der Bewirtschaftung, bei der zunächst jeder zurückstecken bzw. viel Arbeit verrichten muß, um den Boden über Generationen hinweg nutzen zu können. Das gleiche gilt für die Drei – Felder– Bewirtschaftung im Mittelalter. Beides beruht darauf, daß erstens die Probleme einer einfachen Bewirtschaftung erkannt werden, und daß zweitens diese in (durchaus im Tönniesschen Sinne) gemeinschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Auseinandersetzung durch die aufwendigere und kurzfristig weniger ertragreiche Bewirtschaftung ersetzt werden. Dazu müssen Strukturen Veränderungen unterzogen werden, die den Besitz und die Lage der Felder betreffen. Hier gibt es Gewinner und Verlierer, und dennoch fand eine solche Strukturveränderung zugunsten der neuen Bewirtschaftungsform statt (vgl. Engels 1973: 321f.). Wie kommt es zu solchen Einsichten?

In gegenwärtigen (Industrie-) Gesellschaften zeigen sich die Themenfelder noch als weitaus komplexer. Einerseits sind die erstmals erkannten Problemfelder nicht isoliert zu betrachten, sondern stehen in Interdependenz mit anderen Bereichen der Gesellschaft. Dies läuft auf die bereits aufgezeigten Interessengegensätze hinaus. Andererseits sind viele Probleme nicht eindeutig als solche zu identifizieren. Hier erfährt die Wissenschaft ihre Grenze als Erkenntnisinstrument. Seit Erscheinen des Buches „Risikogesellschaft“ beschäftigt sich Ulrich Beck (Beck 1986) mit dieser Problematik und registriert hier einen Epochenbruch, bei dem es zu einer Transformation von der einfachen zur reflexiven Modernisierung kommen wird. Dabei spielt Becks Begriff des Risikos eine besondere Rolle: Unsicherheit als funktionales Element einer reflexiven Moderne. Im folgenden werde ich diese Argumentation kurz darstellen, um, da sich Becks Ansatz in einem bloßen politischen Wandel erschöpft, die Problemlage im Lichte des Nachhaltigkeitsbegriffs auf kultureller Ebene zu erhellen, und abschließend einige divergierende Positionen gegenüberstellen.

3.1 *Becks Begriff der reflexiven Modernisierung*

Ulrich Beck charakterisiert die gegenwärtige Gesellschaft als eine sich in einem Epochenbruch befindliche „Risikogesellschaft“. Gewisse Bereiche innerhalb der Gesellschaft

werden nunmehr sozial und politisch problematisch. Wissenschaftliche Erkenntnisse etwa schienen in der industriellen Gesellschaft als gesichert. Dies ist in einer Risikogesellschaft nicht mehr der Fall. (Beck 1986: 254ff.). Produkte der Wissenschaft werden hinterfragt – etwa in der Wissenschaftsphilosophie und -soziologie. Dabei bleiben Probleme ungelöst, die den Wahrheitsanspruch der Wissenschaft selbst betreffen. Die Beschäftigung der Wissenschaft mit sich selbst, eine reflexive Wissenschaft, führt letztlich zu einer „Entmonopolisierung wissenschaftlicher Erkenntnisansprüche“ (Beck 1986: 256). Dies hat Auswirkungen, von denen über den Wissenschaftsbetrieb hinausgehend alle Bereiche der Gesellschaft betroffen sind. Versicherungsexperte und Sicherheitsingenieur sind auf einer solch unsicheren Basis nicht zur Einigung bereit. Wo der eine ein nicht zu versicherndes Risiko sieht, diagnostiziert der andere ein Nullrisiko (Beck 1994a: 11). Des Weiteren ist die Wissenschaft „nicht mehr nur als Quelle für Problemlösungen, sondern zugleich auch als Quelle für Problemursachen“ (Beck 1986: 255) zu betrachten. Wissenschaftlich-technische Entwicklungen sind Ursachen für Risiken auch in physischer Hinsicht, wie die Katastrophen in Chernobyl, Bopal oder Seweso gezeigt haben.

Die Risikogesellschaft ist eine Gesellschaft der Unsicherheit. Die Nebenfolgen von Handlungen sind nicht abzuschätzen. Im Zuge der Bewußtwerdung, daß ökologische Risiken nicht extern gegeben, sondern von der Gesellschaft selbst verursacht sind, verändern sich die Diskussionsebenen. Produkte einer industriellen Gesellschaft, also Einkommen, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, treten als Konfliktarenen in den Hintergrund; potentielle Risiken von Handlungen konstituieren zukünftige Konflikte (Beck 1994a: 6). Es werden nicht mehr nur einige Bereiche der Gesellschaft problematisiert, sondern diese problematisiert sich selbst. Dies bedeutet in der Praxis Individualisierung. Divergierende Interessen in einer Risikogesellschaft, die aus der Unsicherheit resultieren, sprengen die alten Grenzen von Klassen (Arbeit, Kapital, Wissen) oder gar Familie. Individuen sind aufgefordert, sich ihre eigene Identität aufzubauen. Individualisierungsprozesse jedoch bewirken zunehmend die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen. Hierzu bilden sich im Kontext der Verfolgung eigener Interessen neue Allianzen. Das heißt also, daß Individualisierung keinesfalls Emanzipation und Einzelkämpfertum bedeutet. „Sie geht vielmehr einher mit Tendenzen der Institutionalisierung und Standardisierung von Lebenslagen“ (Beck 1986: 119). So beruhen die neuen Allianzen weniger auf Herkunft oder Klasse, sondern auf Interessen, die sich aus den sie betreffenden Risiken definieren.

Die Problematik ist nicht nur auf ökologische Risiken beschränkt. Der Bezug zwischen ökonomischen Risiken und ökonomischer Nachhaltigkeit etwa läßt sich anhand eines Beispiels darstellen. Die Rentendebatten der letzten Jahre können leicht als ökonomische Nachhaltigkeitsdebatten identifiziert werden. Da Bevölkerungsstatistiken, die überwiegend zur Argumentation der Verteilung herangezogen werden, langfristig recht eindeutige Trends zeigen, scheint der Begriff des Risikos jedoch fehl am Platz. Denn ein Risiko ergibt sich erst, wenn Unsicherheitsfaktoren eine Rolle spielen (vgl. Beck 1986: 29f.). Das ändert sich jedoch schlagartig, wenn sich die Diskussion um die sogenannte „kapitalgedeckte Komponente“ erweitert. Da diese, wenn sie denn eingeführt wird, individuell langfristig am Kapitalmarkt angelegt werden soll, um im Alter von der Rendite profitieren zu können, ergeben sich Fragen um die Art der Anlage. Und hier spielt die Semantik des Risikos natürlich eine große Rolle. Welches Anlagerisiko soll denn maximal eingegangen werden dürfen? Zudem läßt sich auch hier die wissenschaftliche Entzauberung konstatieren. Wie hoch sind denn die Ri-

siken der verschiedenen Kapitalanlagen, jetzt, in zehn Jahren, in 25 Jahren? Becks Risikosemantik ist also nicht nur auf ökologische Risiken beschränkt und deckt somit auch alle drei Säulen der Nachhaltigkeit ab.

Beck schließt aus den sich in allen Bereichen der Gesellschaft ergebenden Unsicherheiten, daß diese politischer wird in dem Sinne, daß sie mit Konflikten, die aus den Risiken und deren Wahrnehmung entstehen im alltäglichen Leben umgehen muß. Was bisher auf parteipolitischer Ebene ausgehandelt wurde, wird zur Handlungsdirektive auf unterster politischer Ebene – bei der Basis. Politische Institutionen wie Bundestag, Parteien oder Gewerkschaften verlieren bezüglich der Legislative ihre dominierende Rolle im politischen Alltag. Sie wird allenfalls darin bestehen, das politische Geschäft zu moderieren. Nicht-institutionelle Gremien gewinnen an Einflußmöglichkeiten. Eine Gesellschaft, die sich ihrer Handlungen und deren Konsequenzen bewußt wird, ist eine reflexive Gesellschaft³ (vgl. Beck 1997). Die Moderne, welche geprägt ist durch wissenschaftliche Expertise und Industrialisierung, wird durch eine reflexive Moderne abgelöst. Die politischen Instrumente müssen jedoch zuvor entwickelt werden. Gegenwärtig schätzt Beck die Situation eher pessimistisch ein. Die Politik ist diesen Mechanismen nicht gewachsen, und so entscheiden vor allem ökonomische Akteure darüber, wie und was produziert, entwickelt und konsumiert wird, d.h. darüber, welche Risiken erzeugt werden. Gleichzeitig sind es aber nicht sie, die im Falle eines Ernstfalls, wie etwa im Falle von BSE, zur Verantwortung gezogen werden (Beck 1997: 31). Der Weg in die reflexive Gesellschaft mag ihm zufolge in einem „Rationalitätsmix“ liegen, d.h. durch „*Rationalisierung des Zusammenspiels* zwischen schon rationalisierten Teilsystemen“ (Schwinn 1999: 424, Hervorhebung im Original)⁴.

3.2 Die Entwicklung von Leitbildern in einer reflexiven Gesellschaft

Es scheint auf den ersten Blick paradox, wenn ich Ulrich Becks Individualisierungsthese vorausschicke, um darauf folgend mit kommunitaristischen, d.h. moralischen Elementen auf die Nachhaltigkeitsdebatte einzugehen. Indem Beck jedoch selbst auf die sich neu bildenden Allianzen verweist, ergeben sich an diesem Punkt Anschlußmöglichkeiten, um auf die Rolle der Moral hinzudeuten⁵. Nach Beck bilden sich diese Allianzen im Zuge von Interessenkonformität in bezug auf Risiken und bilden Strukturen einer Subpolitik. Betrachtet man die

³ In Auseinandersetzung mit Scott Lash bezeichnet Beck dieses *Bewußtwerden* ausdrücklich nicht als kognitiv. Der Epochenbruch vollzieht sich eben nicht durch Wissen, sondern durch Nichtwissen (Beck 1994b: 177). *Gesellschaftliches Bewußtwerden* hat viel mehr in Anlehnung an Durkheims *kollektives Bewußtsein* (vgl. Durkheim 1976) einen außerhalb der Individuen liegenden, sozialstrukturellen Charakter.

⁴ Thomas Schwinn (Schwinn 1999) kann eine nahende reflexive Moderne oder „Zweite Moderne“ nicht erkennen. In Auseinandersetzung mit Becks Thesen kommt er zu dem Schluß, daß sich ein „Rationalitätsmix“ als „gleichbedeutend mit dem Abgleiten in die Irr- oder Arationalität [erweist], da keinerlei Kontexte mehr abgesteckt wären, innerhalb derer nach klaren Kriterien verfahren und gehandelt werden könnte“ (Schwinn 1999: 430). Auf Schwinns Gegenthese werde ich im letzten Absatz zurückkommen.

⁵ In der Tat ergibt sich hier ein theoretisches Problem. Kommunitaristen wie Etzioni verweisen immer wieder auf die wichtige Rolle der Familie bei der Aufrechterhaltung von Werten und Normen. Wenn Ulrich Beck auch von „Endtraditionalisierung“ spricht (Beck 1986: 113ff.), so heißt das nicht notwendigerweise einen ersatzlosen Verlust an Werten. Nur werden sich diese woanders und in anderer Form neu bilden. Private Erfahrungen werden in Protestformen (Umwelt, Frieden, Frauen) sozial erfahren; in der Politisierung kommt es zur neuen „sozialen Identitätsbildung“. Neue kollektive Lebensformen in „enttraditionalisierten, individualisierten Lebenswelten“ (Beck 1986: 120) bilden neue Formen von Werten und Normen. Ich werde auf diese Argumentation im weiteren Verlauf des Textes zurückkommen.

Sache aus einer mehr kultursoziologischen Perspektive, so ergeben sich Strukturen, die jenseits von solchen rein zweckorientierten Interessenlagen liegen: Normen und Werte.

In seiner Neuinterpretation von Webers Modernisierungstheorie ist Habermas bestrebt, Werte und Normen in kommunikationstheoretischer Sicht einer Rationalität zu subsumieren. So erweitert er das Rationalitätsverständnis dergestalt, daß jenseits von „Webers Rationalitätsthese [...] als Bürokratisierungsthese“ (Schwinn 1995: 27) auch die Befolgung von Werten und Normen einem Rationalitätsmuster folgt, daß also rationales Handeln weder nur im „kapitalistische[n] Betrieb“ noch lediglich im staatlichen Monopol von Recht und Gewalt und dessen Verwaltung stattfindet (Habermas 1999a: 226f.). Durch Herausarbeiten von rationalen Handlungsmustern nicht nur im modernen, sondern auch im mythischen Weltverständnis (Habermas 1999a: 72ff.), und durch Hinweis auf einen grundsätzlichen Verständigungswillen, der einer jeden Kommunikation zugrunde liegt (vgl. Habermas 1976), gelingt es Habermas, durch Heranziehen der Weberschen Typologien Zweckrationalität („instrumentelle Rationalität und Wahlrationalität“) und Wertrationalität („normative Rationalität“, 1999a: 245) den diesen Typologien entsprechenden Wertsphären, etwa Wissenschaft einerseits und Moral andererseits, ein grundsätzliches Versöhnungspotential zuzusprechen. Dies geschieht einerseits nach Maßgabe der Rationalität; andererseits ist Normkonformität und Moral in diesem Prozeß involviert.

Indem Habermas den Rechtsaspekt, den er bei Weber vernachlässigt sieht, als entscheidende institutionalisierende Kraft mit einbezieht und ihn nicht nur als „Ordnungsmittel“, wie es Weber tut, ansieht, ist eine Verständigung gerade auch zwischen den, nach Ansicht vieler Sozialwissenschaftler⁶ als unversöhnlich sich gegenüberstehenden Wertsphären möglich. Weber versucht, „die Rationalisierung des Rechts ausschließlich unter dem Aspekt der Zweckrationalität zu bringen und als einen Parallellfall zur Verkörperung kognitiv-instrumenteller Rationalität in Wirtschaft und Staatsverwaltung zu konstruieren“ (Habermas 1999a: 346). Rechtsprechung hat jedoch in hohem Maße mit normübergreifenden Entscheidungen zu tun:

„Lediglich *innerhalb* normativ festgelegter Grenzen dürfen die Rechtssubjekte ohne Rücksicht auf Konventionen zweckrational handeln. Für die Institutionalisierung zweckrationalen Handelns ist mithin eine Art des normativen Einverständnisses erforderlich, das unter der Idee der freien (diskursiven) Vereinbarung und der autonomen (gewillkürten) Satzung steht und durch formale Eigenschaften der Wertrationalität ausgezeichnet ist“ (Habermas 1999a: 347, Hervorhebung und Klammern im Original).

Hier sieht Habermas die Möglichkeit der Integration. Rechtsnormen müssen immer auch kritisierbar und rechtfertigungsbedürftig sein (vgl. Habermas 1999a: 353)⁷. In diesem Abschnitt wurde der Brückenschlag von zweckorientierten Interessen zur Orientierung an Werten und Normen vollzogen. Dadurch ist es möglich, die einseitige Vorgehensweise von Beck durch diese Komponente zu ergänzen⁸.

⁶ Vgl. etwa die sozialen Systeme bei Luhmann (Luhmann 1999).

⁷ Eben diese Mechanismen und Anforderungen an die Kommunikation, die Zwecke und Normen bzw. Werte aufeinander bezugsfähig machen, was Weber verneinte, beschäftigen Habermas in den meisten seiner Werke. Am Ende des Kapitels werde ich noch einmal auf die Argumentation von Habermas zurückkommen.

⁸ Einseitige Rationalitätskonzepte des Zweckes werden auch zunehmend von Sozialökonomern abgelehnt. Sie machen auf die Rolle von Kultur und Normen in der Ökonomie aufmerksam (Smelser 1968; Polyani et al. 1957; zur Rolle von Normen in der japanischen Ökonomie vgl. Dore 1983).

3.2.1 Leitbilder im moralischen Kontext

In bezug auf Becks Argumentation, wonach sich Allianzen aufgrund von gemeinsamer Risikoerschätzung ergeben, bietet sich an dieser Stelle der Verweis auf die Vertragstheorie von John Rawls (Rawls 1973) an, um Leitbilder im moralischen Kontext zu erörtern. Dieser liberale Ansatz betont den moralischen Universalismus. Die Gesellschaftsmitglieder befinden sich in einem Schleier des Nichtwissens („veil of ignorance“), der in einigen seiner Elemente der Beckschen Risikoperzeption ähnlich ist. Das bedeutet bei Rawls, daß die Gesellschaftsmitglieder nicht wissen, an welcher Stelle der Gesellschaft, in welcher Klasse sie sich befinden, oder welchem sozialen Status sie angehören. Sie haben keine Ahnung, wie es um ihre Intelligenz bestellt ist, wie stark sie sind und, auf gesellschaftlicher Ebene, in welchem Abschnitt der zivilisatorischen Entwicklung sie sich befinden. Des weiteren ist ihnen nicht bewußt, was in ihrem Inneren vorgeht (vgl. Rawls 1973: 137).

Dieses Nichtwissen ist die Basis, aufgrund derer allgemeine Gerechtigkeitsprinzipien eingeführt werden können. In diesem Urzustand („original position“) ist es den einzelnen Parteien nicht möglich, egoistische Strategien zu entwickeln. Vielmehr müssen sie kooperieren, indem sie Verträge schließen (Normen begründen). Dies schließt Rawls aus dem Anliegen der Gesellschaftsmitglieder, in einer solchen Situation nicht das meiste für sich herauszuschlagen, sondern sich gegen größtmögliche Verluste absichern zu wollen. Durch die Unwissenheit über die gesellschaftliche Position orientieren sich die Gesellschaftsmitglieder an der Situation des worst case. Da alle jedoch über ein Grundwissen verfügen, das etwa Wirtschaft und Politik betrifft, können sie daraufhin eine soziale Ordnung schaffen. Dabei ist zwar Ungleichheit möglich. Diese muß den am meisten Benachteiligten jedoch den größtmöglichen Vorteil einbringen. Zusammengefaßt lautet also Rawls Argumentation, daß ein moralisch denkendes Individuum – falls es sich über seine persönliche Charakteristiken, die seine soziale Stellung bestimmen, unsicher ist – dann rational handelt, wenn es dem am meisten benachteiligten Individuum der Gesellschaft am meisten zubilligt.

Das Konzept ließe sich durchaus als moralische Basis von Becks Theorie der Unsicherheit ansehen. Auch hier, insbesondere im fortgeschrittenen reflexiven Stadium, besitzen die Gesellschaftsmitglieder ein Grundwissen über das Ausmaß von Risiken, wenn sich auch ab einem gewissen Grad an Exaktheit dieses Wissen differenziert. Demgemäß sollte den Individuen, die den größten Risiken ausgesetzt sind, die größtmögliche Sicherheit zukommen. So kann ein Mitglied der Risikogesellschaft sicherstellen, daß es nicht auf Kosten anderer Risiken tragen muß. Becks (moralischem) Vorwurf der „organisierten Unverantwortlichkeit“ könnte so mit politischen Mitteln (Regulierungen, Handlungsanreize usw.) begegnet werden.

Diese Modell bleibt jedoch, wie Becks Ansatz auch, auf Zweckrationalität beschränkt. Traditierte Normen, aus denen von den Gesellschaftsmitgliedern Leitbilder abgeleitet werden, bleiben dabei außen vor. Da mein Anliegen jedoch darin besteht, Leitbilder weniger in zweckrationaler Hinsicht, sondern vielmehr als internalisierte Handlungsorientierungen zu betrachten, die im Sinne Habermas' zwar rational, aber eben nicht zweckrational sind, wende ich mich einem anderen Ansatz zu und möchte statt dessen auf die kommunitaristische Kritik an Rawls verweisen, die in eine ähnliche Kerbe schlägt wie Habermas' Kritik an Webers einseitiger Rationalitätsauffassung. Frank Dietrich bringt die Kritik der Kommunitarier folgendermaßen zum Ausdruck:

„Ihrer Meinung nach können die Gesellschaftsmitglieder nicht an allgemeingültigen Gerechtigkeitsprinzipien, die von einem fiktiven außergesellschaftlichen Standpunkt aus konstruiert werden, interessiert sein. Sie müssen vielmehr nach spezifischen Gerechtigkeitsprinzipien suchen, in die ihre partikularen moralischen Traditionen und historischen Erfahrungen Eingang finden“ (Dietrich 1998)⁹.

Zusätzlich leitet sich bei Rawls die soziale Ordnung von der freien Handlung befähigter Individuen ab, wobei eine solche Ordnung dann einem Minimalprinzip entspricht. Kommunitarier hingegen betonen das Primat der sozialen Ordnung vor der individuellen Freiheit. Sie ist der Ausgangspunkt aller moralischer Handlungen (vgl. Etzioni 1997). Nicht die moralische Ausrichtung eines jeden Einzelnen bewirkt eine soziale Ordnung, sondern gemeinsam anerkannte Werte. Viele Werte sind tradiert. Aber viele Werte entstehen auch neu. Dennoch entstehen diese nicht in einem kontextlosen Umfeld, sondern in gewissen gesellschaftlichen Einheiten, seien dies kleine Gemeinschaften oder auch nationale Gesellschaften, und daher vor einem gewissen traditionellen Hintergrund.

Nichtsdestotrotz geschieht dies in demokratischen Verfahren, denen moralische Diskurse vorausgehen. Werte sind immer dergestalt, daß sie innerhalb der Gemeinschaft anerkannt sind; es gibt keine, die nicht anerkannt sind. Dies kann kritisch gesehen werden, denn auch Werte, die gebilligt werden, müssen nicht tugendhaft sein. Aber: „Obwohl die bloße Tatsache, daß eine Gemeinschaft einen bestimmten Wert bejaht, sicherlich keine ausreichende normative Rechtfertigung desselben darstellt, ist dies meines Erachtens zumindest ein Indiz dafür, daß solch ein Wert eine erste Hürde genommen hat“ (Etzioni 1997: 282). Werte sollen in Prozessen generiert werden: „Demokratische Willensbildung“ und „Konsensbildung“. Dies führt zu einem „gemeinschaftsgebundenen Relativismus“ ohne „Urteile über andere Gemeinschaften“ (Etzioni 1997: 285). Das wiederum impliziert Handlungsarenen auf verschiedenen gesellschaftlichen und regionalen Ebenen. Es gibt nach Etzioni eben nicht den Universalismus der Werte, den Rawls konstatiert. Wie in Kapitel 2 beschrieben, gibt es regional und der Profession nach verschiedene Ansichten über Nachhaltigkeit. Unterschiedliche Wissenschaften betonen unterschiedliche Seiten der Nachhaltigkeitsdebatte; das gleiche gilt für unterschiedliche Regionen der Erde oder gar eines Landes.

Aber auch dabei kann nicht alles geduldet werden. Daher muß es neben gemeinschaftlichen auch gesellschaftliche Werte geben:

„Die besonderen normativen Bindungen einer Gemeinschaft werden dann einen Vorrang genießen, solange sie nicht eine Reihe anderer normativer Kriterien verletzen, denen sie *zusätzlich* genügen müssen. Zum Beispiel können die Werte einer Gemeinschaft als legitim beurteilt werden, weil sie von einem Mehrheitsvotum getragen werden oder im Rahmen eines konsensbildenden Verfahrens innerhalb einer gegebenen Gemeinschaft entstanden sind – aber nur so lange, wie sie nicht gegen die nächsthöhere Ordnung normativer Kriterien verstoßen“ (Etzioni 1997: 287, Hervorhebung im Original).

Grundrechte wären eine solche „nächsthöhere Ordnung“. Sie sind normalerweise in Verfassungen festgelegt, können aber ebenso stark in der Gesellschaft verankert sein, wenn es keine Verfassung gibt. Beispielsweise sind in Großbritannien diese Grundrechte nicht verfassungsrechtlich niedergeschrieben. Niemand würde trotz diesen Umstandes daran zwei-

⁹ Dietrich weist im weiteren Verlauf des Textes darauf hin, daß Rawls in späteren Werken durchaus auf die partikularistische Lesart seines Ansatzes aufmerksam macht. Dies soll uns hier nicht weiter interessieren, da auch bei dieser eine gesellschaftliche statt gemeinschaftliche Sichtweise vorherrscht.

feln, daß die Grundrechte, wie sie in der U.S.-Verfassung enthalten sind, auch in Großbritannien gelten (vgl. Etzioni 1997: 288f.).

Aber es gibt auch Werte von Verfassungsrang, denen man kritisch gegenüberstehen kann. Etzioni nennt als Beispiel Rechtspraktiken in Saudi-Arabien, die verfassungsrechtlich verankert sind, denen aber vielfach skeptisch begegnet wird (vgl. 1997: 290). Auch die Ausübung der Todesstrafe in den USA ist ein Thema, das mit Hinblick auf Rechtmäßigkeit immer wieder sowohl in den USA als auch weltweit für Kritik sorgt. Das heißt, auch eine Verfassung ist nicht für alle Zeiten festgeschrieben. „Wir wenden folglich einige übergeordnete Kriterien an, sobald wir der Auffassung sind, daß die Verfassung ergänzt werden sollte“ (Etzioni 1997: 281).

Sowohl national als auch international muß sich die Generierung von Werten bzw. deren Umbewertung in Folge von Dialogen vollziehen. In unserem Zusammenhang spielen insbesondere die Überzeugungsdialoge eine Rolle. Mittels Überzeugung ist es gelungen, viele Praktiken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts einer gewissen internationalen Ächtung zu begegnen, etwa dem Elfenbeinhandel, dem Wahlfang (vgl. Etzioni 1997: 295) und in den letzten Jahren dem Handel mit Tropenholz. Die Kraft solcher Ächtungen mußte auch die USA auf der Umweltkonferenz in Rio erfahren: „Als die Vereinigten Staaten eine Abschwächung des Klimakontrollvertrages erzwangen und sich weigerten, den ausgehandelten Vertrag zu unterschreiben, wurden sie von Nationen aus aller Welt scharf kritisiert, selbst von engen Verbündeten wie Deutschland und Japan“ (Etzioni 1997: 295). Diese Kritik verschärfte sich im Zuge der Klimakonferenz in Den Haag im Herbst 2000. Vermehrt machen Medien, etwa im Zuge der Flutkatastrophen in weiten Teilen Englands und Wales' im Herbst 2000, und Wissenschaftler, zuletzt auf dem weltgrößten Wissenschaftskongreß in San Francisco (vgl. AAAS 2001) und durch eine UN Studie (IPCC 2001), auf die Klimaveränderung aufmerksam.

Es ist nicht allzu abwegig, zu vermuten, daß diesbezüglich ein Wert im Begriff ist, sich durch internationale Überzeugungskraft zu bilden – wir wären quasi Zeuge dieses Prozesses –, wobei mit Etzioni zugestanden werden muß, daß „wirtschaftliche Interessen und Machtfragen“ (Etzioni 1997: 295) ebenso zum Tragen kommen und einen solchen Prozeß verzögern oder gar verhindern können. Dies ist unschwer an der Tatsache des Scheiterns der Konferenz in Den Haag zu erkennen, wofür die USA als stärkste Wirtschaftsmacht verantwortlich zeichnet.

Dennoch, sobald eine bestimmte Form der Klimakontrolle sich irgendwann als allgemeine Praxis durchgesetzt haben sollte, wäre ein Verstoß gegen eine solche nur noch schwer zu rechtfertigen. Dann würde diese zu einem normativen Prinzip, zu einem Wert erhoben und im Recht institutionalisiert. Die weltweite Ächtung von Wahlfang und Elfenbeinhandel mag wesentlich dadurch zustande gekommen sein, daß diese Praktiken für die meisten Nationen keinen wirtschaftlichen Nutzen bedeuten, wodurch es diesen Nationen leicht fällt, den Interessenvertretern wie Greenpeace und anderen Umweltverbänden entgegenzukommen und darauf verzichten. Diese Feststellung ist zunächst betrüblich, da die Initiierung der Ächtung in diesem Falle wenig mit Moral, mit normativen Werten zu tun hat. Dennoch werden die Praktiken *moralisch* geächtet. Die Wahlfangnationen Japan und Norwegen sind regelmäßig weltweiter Empörung ausgesetzt. Dieses Beispiel zeigt, wie sich ein normativer Wert entwickeln kann, obwohl in diesem Prozeß wirtschaftliche Motive und womöglich Machtfragen die

ausschlaggebende Rolle spielen. „Es ist zwar wahr, daß normative Faktoren von wirtschaftlichen beeinflußt werden, doch gibt es auch die umgekehrte Kausalität: nämlich, daß normative Faktoren die wirtschaftlichen prägen; sie sind nicht nur einfach zweitrangig“ (Etzioni 1997: 429). Im Falle des Wahlfangs und des Elfenbeinhandels, wie auch im Falle der Nachhaltigkeit waren es NGO's, welche die Debatte angestrengt haben, die sowohl zu moralischer Ächtung, als auch zu rechtlichen Verboten geführt haben.

Den Optimismus, den ich im Falle einer Klimakontrolle als ethische Norm hege, nähere ich aus einer ähnlichen Kausalität. Die ökologischen Schäden durch eine Mißachtung der Klimakontrolle werden irgendwann ein Maß erreicht haben, das die Staatengemeinschaft nicht mehr ignorieren kann. Vielleicht dauert das noch sehr lange, und womöglich ist es dann schon zu spät, den Status Quo beizubehalten. Sind die Schäden irgendwann materiell oder nur medienwirksam sichtbar, etwa indem Inseln wie Mauritius unter der Wasseroberfläche verschwinden, und werden diese mit der Erderwärmung in Verbindung gebracht, so ist damit zu rechnen, daß ein Zuwiderhandeln zumindest mit Empörung sanktioniert wird.

3.2.2 Wertsphären im Konflikt

Die Ausführungen Etzionis können dahingehend abgeschlossen werden, daß den Wertkonstellationen handlungsfähige Institutionen folgen müssen, was von Etzioni in Form von Verrechtlichung mehrfach angedeutet wird. Der gerade erläuterte moralische Impetus muß dem jedoch vorangehen: „Das moderne Recht [formale Rationalität] zeigt zwar eine Tendenz zur immanenten Geschlossenheit, es ist aber auf außerrechtliche materiale Voraussetzungen [materiale Rationalität] angewiesen, wie z.B. die Menschen- und Bürgerrechte als ethische Imperative und Wertpostulate“ (Schwinn 1999: 427, Klammern von S.H.). Darauf habe ich schon im Zusammenhang mit den Rationalitätsformen bei Habermas hingewiesen. Schwinn zeigt, daß, was für das Recht gilt, auch für die übrigen „Wertsphären“ Politik, Ökonomie und Wissenschaft gilt. So sind die Schwierigkeiten etwa bei der erwähnten Klimakonferenz mit Hinblick auf die materiale und formale Rationalität so zu erklären, daß es zu einer Balance der Rationalitätsformen kommt. Die formalen Rationalitäten der einzelnen Wertsphären – und hier schließt sich im Rückgriff auf die verschiedenen Nachhaltigkeitsorientierungen in Kapitel 1 der Kreis – und die materiale Rationalität der Gesinnung, der Moral und der Werte stehen sich als Konflikt- und Verhandlungspositionen gegenüber. Jede Sphäre löst das sich stellende Problem in seiner eigensten Weise. Ökonomische Akteure in der Klimadebatte handeln mit Hinblick auf Rentabilität, politische Akteure mit Hinblick auf Macht und wissenschaftliche Akteure mit Hinblick auf Wahrheit (vgl. Luhmann 1999). Akteure, die sich außerhalb dieser Sphären bewegen – etwa NGO's, Gemeinschaften nach Etzioni, aber nach Schwinn auch (zumindest in der Anfangsphase der Partei) „Bündnis 90 / Die Grünen“ (Schwinn 1999: 426) – repräsentieren die materiale Rationalität¹⁰.

Habermas sieht zwischen diesen Wertsphären durchaus ein Vermittlungspotential, das er durch die jedem Individuum innewohnende universale Rationalität herleitet. Diese äußert sich durch Kommunikation der Gesellschaftsmitglieder miteinander. Das innewohnende Ziel einer solchen ist Verständigung (vgl. Habermas 1976). Im zweiten Band der *Theorie des*

¹⁰ Es würde sich ausgiebig diskutieren lassen, ob diese Akteure tatsächlich außerhalb der formalen Rationalität agieren. Luhmann etwa dürfte die „Grünen“ unter das politische System, und damit eindeutig der formalen Orientierung an „Macht“, zuordnen.

kommunikativen Handelns macht Habermas erste Andeutungen institutionalisierter Medien für solche Kommunikationswege (Habermas 1999b: 562ff.), deren Ausarbeitung ihn in den folgenden Jahren noch sehr beschäftigen sollte. Ich jedoch möchte bei diesen kurzen Andeutungen verbleiben und noch einmal auf das Beispiel der Klimadebatte zurückkommen.

Das Ergebnis der konfligierenden Parteien sieht in bezug auf die Klimadebatte für die ökologische Dimension – d.h. für eine nachhaltige Orientierung, die sich an materialer Rationalität orientiert – gegenwärtig nicht sonderlich vielversprechend aus. Die ökonomische und politische Dimension scheint hier zu dominieren. Andererseits muß man aber mit Schwinn auch konstatieren: „In der Ausbalancierung von formaler und materialer Rationalität besteht eines der grundlegenden Ordnungsprobleme. Die formalen Sphären halten den Blick frei für das Machbare, verhindern, daß die materialen Wertpostulate einer gesinnungsethischen Inflationierung anheim fallen“ (Schwinn 1999: 428). Mit dieser Aussage lenkt uns Schwinn zu einem Szenario, das in dieser Arbeit keine Berücksichtigung gefunden hat, das aber in der Diskussion um Nachhaltigkeit nicht vernachlässigt werden darf: die Möglichkeit einer Ökodiktatur.

Abschließend bleibt noch festzuhalten, daß die Analyse von Schwinn ohne eine neuartige Konzeption der gegenwärtigen Gesellschaft, wie sie von Beck eingefordert wird, auskommt. Die Orientierungsmuster sind die gleichen wie diejenigen des 19. Jahrhunderts. Lediglich die Akzentuierung hat sich verschoben. Der Geschäftsmann des 21. Jahrhunderts orientiert sich noch ebenso vornehmlich an Rentabilität, wie es der des 19. Jahrhunderts getan hat. Es sind die Einwirkungen der übrigen Wertsphären auf die eigene Sphäre, mitunter auch seine eigene Gesinnung in Form von materialer Rationalität, die ihm innerhalb dieser eigenen (ökonomischen) Sphäre Auflagen machen (Schwinn: 428f.). Nachhaltigkeit als Leitbild, wie stark auch immer dieses geprägt ist, muß in Form materialer Rationalität mit den verschiedenen Ausprägungen der formalen Rationalitäten in einem divergierenden Verhältnis stehen. Die Ausprägung einer solchen hängt einerseits ab von ihrer Einflußmöglichkeit gegenüber den einzelnen Wertsphären, andererseits, da die Sphären oftmals untereinander konfligierend wirken, von einem Trade-Off zwischen diesen Sphären. Wie dies geschehen soll, im Konflikt oder verständigungsorientiert im Habermasschen Sinne, muß an anderer Stelle gezeigt werden.

4 Schluß

Noch ist Nachhaltigkeit kein gesellschaftlich akzeptierter Wert. Der Begriff ist nicht einmal weitläufig bekannt. Lediglich 11% der Bundesbürger hatten 1996 schon mal von dem Begriff Nachhaltigkeit gehört. Zwei Jahre später, 1998, waren es gerade mal 15%. Ob Deutschland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist, beantworteten im Jahr 1998 immerhin 55% der Befragten, welche den Begriff kennen, mit ja; 33% sahen dies pessimistischer und antworteten mit nein (vgl. Preisendörfer 1999: 248ff.). Aus diesen Zahlen kann geschlossen werden, daß noch eine Menge Überzeugungsarbeit verrichtet werden muß. So schließt auch Preisendörfer:

„Wenn 85% der Befragten in der Erhebung 1998 angeben, daß sie noch nicht einmal von der Begrifflichkeit etwas gehört haben, dann ist die eigentliche Aufgabe, um die es geht, nämlich konkrete Inhalte des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln, mit Sicherheit noch ein schönes Stück Arbeit“ (Preisendörfer 1999: 252).

Preisendörfers Forderung bin ich nun ein Stück weit nachgekommen, indem ich den Begriff Nachhaltigkeit zu systematisieren versucht habe. Mit „konkrete[n] Inhalte[n]“ meint Preisendörfer jedoch mehr als nur eine akademisch orientierte Systematisierung. Vielmehr geht es darum, der Thematik ihren abstrakten Charakter, bei dem die Brundtland-Kommission ebenfalls steckenblieb, zu berauben und sie mit konkreten Projekten zu verbinden. Auf kommunaler Ebene geschieht dies auch zusehends, wie es beispielhaft an der Gegenüberstellung von Projekten in Grünau und Bielefeld angedeutet wurde. Bei diesem Vergleich war ebenfalls zu beobachten, dass solche Projekte mal mehr und mal weniger erfolgreich verlaufen.

Etwas derartiges im Ansatz zu erklären, war die Bestrebung des zweiten Teils der Arbeit. Mithilfe zeitgenössischer einflussreicher Gesellschaftsmodelle wurde einerseits die Motivation zur Orientierung an Nachhaltigkeit, andererseits aber auch die sich dabei ergebenden Konfliktlinien aufgezeigt. Die Frage, ob wir einem Epochenbruch gegenüberstehen, wie dies Beck konstatiert, und wir deshalb der Herausforderung gegenüberstehen, ein neues Gesellschaftsmodell entwerfen zu müssen, oder ob die gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Modelle ausreichen, zukünftigen Problemen der Gesellschaft deskriptiv und analytisch gerecht zu werden, sollte in dieser Arbeit lediglich aufgeworfen werden. Nichtsdestotrotz zeichnet Beck ein eindrückliches Portrait der heutigen Gesellschaft in Bezug auf Nachhaltigkeitsprobleme. Des Weiteren sahen wir einige Andeutungen über die Spannungen und Konflikte, in denen sich die gesellschaftlichen Wertsphären bewegen. Die Frage, ob die Gesellschaft in der Lage ist, einem Leitbild der Nachhaltigkeit in solchen Konfliktfeldern zu folgen, konnte ebenfalls lediglich angedeutet werden. Als gesichert dürfte zumindest die Tatsache gelten, dass dieses Leitbild einer Konkretisierung und Transformation in bearbeitbare Formen bedarf. Dabei spielt der regionale Kontext eine besondere Rolle

5 Literatur

AAAS (2001): Annual Meeting & Science Innovation Exhibition, Feb. 15-20, 2001.
<http://www.aaas.org/meetings/2001/index.htm> [18.02.2001].

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Beck, U. (1994a): The Reinvention of Politics: Towards a Theory of Reflexive Modernisation. In: Beck, U., Giddens, A., Lash, S. (Hg.): *Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order*. Cambridge: Polity Press: 1-55.

Beck, U. (1994b): Self-Dissolution und Self-Endangerment of Industrial Society: What Does This Mean? In: Beck, U., Giddens, A., Lash, S. (Hg.): *Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order*. Cambridge: Polity Press: 174-183.

Beck, U. (1997): Global Risk Politics. In: Jacobs, M. (Hg.): *Greening the Millennium? The New Politics of the Environment*. Oxford: Blackwell: 18-33.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (1992): Umweltpolitik. Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Bonn: Köllen.

- Carlowitz, H.C. von (2000): *Sylvicultura oeconomica: Anweisung zur wilden Baum-Zucht* (Repr. d. Ausg. Leipzig 1713). Freiberg : TU, Bergakad.
- Dangschat, J.S. (1997): Sustainable City - Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: *Brand, K.-W.: (Hg.) Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich: 169-191.
- Dietrich, F. (1998): Die kommunitaristische Kritik an John Rawls' Theorie des Gesellschaftsvertrages. (Vortrag gehalten am 12.01.1998 im Rahmen der Vortragsreihe "Zur Lehre vom Gesellschaftsvertrag" an der Universität-GH-Duisburg) <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/sowi/lsi/vortraeg/kommun.htm> [12.01.2001].
- Dore, R. 1983: Goodwill and the Spirit of market Capitalism. In: *British Journal of Sociology* 34: 459-482.
- Durkheim, É. (1976): *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Engels, F. (1973): Die Mark. In: *Karl Marx/Friedrich Engels - Werke*. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR: 315-330.
- Etzioni, A. (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*. Frankfurt: Campus.
- Feindt, P.H. (1997): Nachhaltigkeit, Urbanität, Identität und Partizipation. In: *Birzer, M. et al (Hg.): Nachhaltige Stadtentwicklung: Konzepte und Projekte*. Bonn: Economica Verl.: 38-47.
- Habermas, J. (1976): Was heißt Universalpragmatik. In: *Apel, K.O. (Hg.): Sprachpragmatik und Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp: 174-272.
- Habermas, J. (1999a): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1999b): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hauff, V. (Hg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht)*. Greven.
- IPCC (2001): Intergovernmental Panel on Climate Change. Geneva, Switzerland <http://www.ipcc.ch/> [18.02.2001].
- Knaus, A./Renn, O. (1998): *Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Kopatz, M. (1998): *Lokale Nachhaltigkeit. Vom internationalen Diskurs zur Umsetzung in Kommunen*. Oldenburg: BIS-Verlag.
- Lange, E. (1989): *Marktwirtschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lash, S. (1994): Expert-Systems of Situated Interpretation? Culture and Institutions in Disorganised Capitalism. In: *Beck, U., Giddens, A., Lash, S.(Hg.): Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order*. Cambridge: Polity Press: 198-215.
- Lexikon zu Soziologie (1994). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Luhmann, N. (1999): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mees, J. (1997): „Leipzig kommt - Grünau kommt mit!“. Bürger beteiligen sich an der Entwicklung ihres Stadtteils. In: *Birzer, M. et al (Hg.): Nachhaltige Stadtentwicklung: Konzepte und Projekte*. Bonn: Economica Verl.: 86-95.
- Meadows, D. et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Polanyi, K.; Arensberg, C.; Pearson, H. (Hg.) 1957: Trade and Market in the Early Empires. New York u.a.: Free Press u.a.
- Preisendörfer, P. (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen "Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998". Opladen: Leske + Budrich.
- Rawls, J. (1973): A Theory of Justice. Oxford: University Press.
- Schwinn, Th. (1995): Funktionale Differenzierung – wohin? Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: *Berliner Journal für Soziologie* 5: 25-39.
- Schwinn, Th. (1999): Gibt es eine „Zweite Moderne“? Über den Umgang mit soziologischen Diagnosen. In: *Soziale Welt* 50: 423-432.
- Smelser, N. J. (1968): Soziologie der Wirtschaft. München. Juventa.
- Van Dieren, W. (1995): Mit der Natur rechnen. Basel: Birkhäuser.
- Woll, A. (1987): Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München: Vahlen.